

Gebietsänderung: Quander wirft Landrat Ringelspiel vor

Amt und Döbern pochen auf Zahlen zu Folgen einer Eingliederung von Hornow-Wadelsdorf nach Spremberg

DÖBERN Die geplante Eingliederung der Gemeinde Hornow-Wadelsdorf in die Stadt Spremberg wird möglicherweise nicht so schnell gelingen, wie geplant. Das ist auf der Stadtverordnetenversammlung Döbern angedeutet worden.



Hornow und Wadelsdorf könnten am 1. Januar 2016 offiziell als Ortsteile von Spremberg gelten, berichtete die RUNDSCHAU Anfang April unter Bezugnahme auf den Zeitplan des Spremberger Rathauses. In dieser Woche indes äußerte der Amtsdirektor Döbern-Land, Günter Quander, Zweifel daran, dass es gelingt, den Zeitplan zu halten. Als Ursache nannte er unter anderem die Verhandlungen zur Personalübernahme. "Da müssen wir einen Konsens finden, der die im Amt verbleibenden Gemeinden nicht benachteiligt. Das gestaltet sich äußerst schwierig. Deshalb kann ich heute nicht sagen, wann es eine Auseinandersetzungsvereinbarung geben wird", äußerte er auf der Stadtverordnetenversammlung Döbern. Ohne das Vertragswerk, das die Bedingungen des Übergangs der Gemeinde regelt, darunter auch die Aufteilung von Vermögen und langfristigen Krediten sowie die Nutzung der Verwaltungsgebäude der Außenstelle des Amtes in Hornow, gebe es kein grünes Licht vom Innenministerium, so Quander vor Döberns Stadtrat.

Die Stadt Döbern ist wie alle anderen im Amt verbleibenden Gemeinden aufgefordert, eine Stellungnahme zur geplanten Eingliederung von Hornow-Wadelsdorf nach Spremberg abzugeben.

Das förmliche Anhörungsverfahren dazu ist vom Landrat des Spree-Neiße-Kreises, Harald Altekrüger (CDU), bereits zu Jahresbeginn eingeleitet worden und sollte ursprünglich bis 31. Mai 2015 abgeschlossen sein. Doch seit Februar bemängeln die ehrenamtlichen Bürgermeister des Amtes, dass ihnen ohne konkrete Daten zu den finanziellen Auswirkungen eine Positionierung nicht möglich ist.

Eine Ausnahme bildet die Gemeinde Tschernitz, sie hat sich bereits zustimmend positioniert.

Der Landrat hat die Anhörungsfrist für die Gemeinden bis zum 30. Juni 2015 verlängert und betont, dass lediglich zur beabsichtigten Eingliederung nach Spremberg eine Stellungnahme abgegeben werden soll und nicht zum aktuellen Entwurf des Gebietsänderungsvertrages.

Diese Auffassung teilt der Amtsdirektor nicht. Er warnt vor einer Verniedlichung der Bedeutung einer qualifizierten Stellungnahme und spricht von einem Ringenspiel mit dem Landrat. Seit Februar gebe es einen Schriftwechsel zwischen dem vom Amtsausschuss dazu autorisierten Amtsdirektor und dem Landrat. Fakten jedoch liegen immer noch nicht auf dem Tisch, so Quander. Döberns Bürgermeister bekräftigte, dass er ohne Kenntnis von Daten und Fakten, die eine objektive Beurteilung zulassen, schwerlich eine Beschlussvorlage aufstellen kann und kritisierte in dem Zusammenhang, dass sich der Landrat darauf konzentriere, die Amtsgemeinden zu einer Stellungnahme zu drängen, aber Spremberg außen vor lasse. "Der Landrat ist auch untere Kommunalaufsicht für die Stadt Spremberg. Das heißt, er hat die Möglichkeit, entsprechende Unterlagen anzufordern", bestätigte Quander.

Döberns Stadträte teilten nicht alle Argumente, widersprachen aber dem Vorschlag von Rakete nicht, den Amtsdirektor zu beauftragen, dem Landrat die Sachlage mitzuteilen und die Daten anzufordern, um die Anhörung durchführen zu können.

B.M.